

Für stilles Leben

am Donnerstag morgen.

Am der Straße Willems-Cottersd - Seiffens
weiter ein härterer feindlicher Teilungsfall.
Im Brenia-Tal schlugen österreichisch-ungarische
Sicherungstruppen einen italienischen Vorstoß ab.
In Albanien mußte die österreichisch-ungarische
Armee vor dem Druck harter feindlicher Kräfte auf die
Linie Berat-Hier zurückgenommen werden.
Bei der Trauerfeier für den ermordeten Grafen Mir-
bach in Moskau gab Schischerin nochmals der tiefen
Teilnahme der russischen Föderativen Republik Ausdruck.
Im Hafen von Archangelst sind unlängst 10000
Franzosen und Serben gelandet.
Der deutsche Reichstag nahm den Kompromißantrag
über das Stempelgesetz an.
Weiteranfrage der aml. Sch. P. andeswetter war:
Weiß trüb, keine wesentliche Änderung, Gewitterneigung.

Rebenzimmern herbei, und dies gab für die Mörder das
Signal zur Flucht. Bevor sie zum Fenster hinaustraten,
warf jeder von ihnen eine Handgranate. Nur eine
von diesen explodierte. Die Sprengstücke trafen den
Grafen Mirbach und wirkten sofort tödlich. Inzwischen
hatten sich die Mörder zum Fenster hinausgeschwungen
und waren entkommen. Die Tat, die zweifellos seit langem
und bis auf alle Einzelheiten genau vorbereitet war,
spielte sich also in wenigen Augenblicken ab.
Die herzlichsten Leberzettel des Grafen treffen heute
(Mittwoch) abend in Berlin ein, um von hier nach dem
Besten seiner Familie weitergeführt zu werden.

Trauerfeier für Graf Mirbach in Moskau.
Moskau, 8. Juli. Am Montag nachmittags hat im Hause
der deutschen diplomatischen Vertretung eine interne
Trauerfeier am Begräbnis des Grafen Mirbach
stattgefunden. Nach einem vom Grafen Selinsky geleiteten
Requiem sprachen der deutsche Geschäftsträger Birtlicher
Legationsrat Kiebler, ferner der der Hauptkommission
für Gefangene beigeordnete Professor Dunsinger von
der Michaels-Gemeinde in Hamburg und der türkische
Gesandte der Abreise. Am Abend wurde die Leiche
auf den Alexanderbahnhof übergeführt, um nach Deutsch-
land gebracht zu werden. Die Mitglieder der deutschen
Mission und der in Moskau tätigen Kommissionen folgten
dem blumengeschmückten Sarge. Auf dem Bahnhof er-
stiegen der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten
Schischerin, um nochmals die tiefe Teilnahme der
russischen Föderativen Republik zum Tode des edlen
Mannes auszusprechen, der für die Sache des Fried-
dens gestorben sei. (M. T. P.)

Berlin, 10. Juli. Heute abend ist die Leiche des in Mos-
kau ermordeten deutschen Gesandten Grafen v. Mirbach
nach Berlin eingetroffen, begleitet von dem Bruder
des Verstorbenen Major Grafen v. Mirbach und
Legationsrat Grafen v. Bassewitz von der deutschen
diplomatischen Vertretung in Moskau. Am Bahnhof
hatten sich der kaiserliche Gesandte Graf v. Wedel und
Legationssekretär Müller eingefunden. Die Leiche wurde
sogleich nach Harff im Rheinlande weitergeführt, wo auf
dem Stammsitz der Familie die Beisetzung stattfinden wird.
Im Laufe der nächsten Woche findet in Berlin ein feier-
licher Trauergottesdienst für den Verstorbenen statt,
der unter so tragischen Umständen im Dienste des Vater-
landes den Tod gefunden hat. (M. T. P.)

**Zur französischen Beurteilung des Moskauer
Attentats.**
(Trautmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)
Amsterdam, 8. Juli. Zu den von Davos verbreiteten
Lügen von dem veröffentlichen. D. Schr. französischen
Pressestimmen über die Ermordung des Grafen
Mirbach schreibt das „Dankblatt“: Eine Tat, die in
normalen Zeiten die Entrüstung aller hervorgerufen haben
würde, vor allem wegen der besonderen Stellung, die ein
fremder Botschafter in einem fremden Lande einnimmt,
wird nun verherrlicht und begrüßt. Betrachtet man die
Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau und was
darüber geschrieben wird, einmal von dieser Seite, dann
erhält man den Eindruck, daß die Welt in einen Zustand
der Vermilderung versinkt, der das Ernste für die
Zukunft befürchten läßt.
Bezeichnenderweise ist es die „Grande Nation“, die an
der Spitze der Kulturverwilderung marschiert!

Der Kampf gegen die Gegenrevolution in Rußland.
Moskau, 8. Juli. Die Presse meldet: Am 28. Juni
landeten im Hafen von Archangelst etwa 10000 Fran-
zosen und Serben. Der kommandierende General
erklärte, er wolle Stadt und Land vor einem Ueberfalle
deutscher Kriegesgefangener (!) schützen. Es werden Maß-
nahmen an die Bevölkerung verteilt.
Die Bahnen im Gouvernement Samara sind in Be-
lagerungszustand erklärt worden.
In einer Befehlsanordnung der Regierung wird der
Aufstand der linken Sozialrevolutionäre als nieder-
ge schlagen bezeichnet. Moskau zeigt wieder das nor-
male Bild. Es sollen etwa 1000 Verhaftungen
vorgenommen worden sein. Der Eisenbahnverkehr ist vor-
läufig unterbrochen.
An der Richtung Jekaterinburg-Tscheljabinsk rücken
die Rätereguppen gegen Tscheljabinsk und Kasan
steigend vor, ebenso in der Richtung auf Tobolsk.
Im Kubangebiet wurden die Stationen Weliko,
Anjancsaja und Torgowaja von Kasaken besetzt. (M. T. P.)

Kerenski in Paris.
Paris, 10. Juli. (Agence Havas.) Der parlamenta-
rische Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat
Kerenski empfangen. Die Mitglieder der Ausschüsse des
Senats und der Kammer für auswärtige Angelegenheiten
waren zusammenberufen worden. Den Vorsitz in der Ver-
sammlung führte Franklin Bouillon. Sehr zahlreiche
Parlamentarier aller Parteien hatten sich eingefunden.
Kerenski erklärte, er habe einfach als russischer Bürger
den Wunsch, sich mit Politikern aller Parteien zu verhand-
len über die besten Mittel, seinem Vaterlande die volle
Stärke des Völkers wieder zu geben. Er schilderte die
Sage Rußlands und zählte die Maßnahmen auf, die
im gemeinsamen Interesse Rußlands und
der Alliierten sofort zu ergreifen seien. Kerenski
wies auf die Gefahr hin, die Rußland laufe infolge des
Friedens von Brest-Litowsk, dessen Folge gewesen sei, daß
Deutschland seine Hand täglich schwerer auf das Land lege.
Er bekräftigte ein sofortiges brüderliches
Einverständnis der Alliierten, um den gemein-
samen Kampf gegen die Mittelmächte auf russischem Boden
fortzusetzen.
Franklin Bouillon dankte dem Redner und ver-
sicherte ihm, unter einmütiger Zustimmung der Anwesen-
den, des einmütigen Willens aller Parteien, Rußland
weiterhin als Alliierten zu betrachten. Er
fügte hinzu, daß alle diejenigen in Rußland, welche den
Kampf wieder aufnehmen wollten, des absoluten Bei-
standes Frankreichs versichert sein könnten. (M. T. P.)

Genf, 10. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Der ehemalige
Botschafter J. S. J. J., der jetzt als der von der Entente
in Aussicht genommene russische Minister des Auswärtigen
in einem Kabinett Kerenski genannt wird, hielt sich von
jedem Verkehr mit Kerenski während dessen
Pariser Aufenthaltes fern. Kerenski gab Anweisungen
fortdauerndes Mißtrauen gegen J. S. J. zu und meinte,
letzterer wolle mit Hilfe seines Antimus, des Generals
Gurko, den J. S. J. wieder aufrichten.

Fremds Kampf gegen die Stunfeiner.

London, 10. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Das Ziel
des Vorlebenskampfes in die Ausrottung der
Stunfeinerbewegung. Der Stunfeinerverband
zählt rund 200 000 aktive Mitglieder, die über ganz
England verbreitet sind. In jeder irischen Stadt, in jedem
Orte besteht ein Stunfeinerklub, der bedrohten Mitgliedern
Unterstützung gewährt. Es bildete sich eine Art Gegen-
politik heraus, um den von amtlicher Seite geduldeten
Stunfeinern gelegentlich eine „Replik“ zu ermöglichen.

Der Verleugung nach Niederländisch-Indien.
London, 9. Juli. (Reuter.) Im Unterhause an-
twortete Lord Robert Cecil auf eine Anfrage, nach der den
unter Verleugung nach Indien fahrenden hollän-
dischen Schiffen erteilt werden, ohne Prüfung die
Bioschadellinie zu passieren: In Verbindung mit dem hollän-
dischen Verleugung ist nichts vorgekommen, was als Aufgabe
oder Abänderung des Durchfuhrrechts angesehen wer-
den könnte. Die von uns diesbezüglich erteilten Bedingun-
gen dafür waren folgende:

1. Der englischen Regierung müßte eine Liste aller
Verleugung geliefert werden. Nur Beamte der hollän-
dischen Regierung und ihre Familien dürften mitfahren.
2. Vollständige Einzelheiten über die Ladung müßten
in derselben Weise angegeben werden, wie es durch den
Covers-Trakt für die ihm unterliegenden Schiffe geschieht.

3. Die niederländische Regierung müßte formell dafür
bürgen, daß in dem Verleugung keine Güter verpackt wer-
den, die ganz oder teilweise feindlichen Ursprungs
sind.

4. Die Schiffe, die unter der niederländischen Kriegs-
flagge fahren, dürfen keine bürgerlichen Fahr-
gäste, sowie keine Güter und Ladungen an Bord führen,
außer den kriegsmäßigen Vorräten, die für die Kolonial-
behörden und Truppen bestimmt sind. Es müßte eine voll-
ständige Liste davon beigebracht werden.

5. Keine Passendungen, Briefe, Privatpapiere,
Drucksachen und Pakete dürfen von einem Schiffe des Ver-
leugung mitgenommen werden. Ausgenommen wären
amtliche Dokumente der niederländischen Regierung.

6. Der Verleugung dürfte nicht ausfahren, bis die ge-
nannten Bedingungen zur Zufriedenheit der britischen Be-
hörden erfüllt sind. Diese Bedingungen wurden an-
genommen.

Carlson fragte, worin die außergewöhnlichen Umstände
dieses Falles beständen. Cecil erwiderte, er könne sich im
einzelnen darüber nicht aussprechen. Das hängt sehr eng mit
den englisch-holländischen Beziehungen zusammen.

Die Internierung der feindlichen Ausländer in England.

London, 8. Juli. (Reuter.) Der aus 8 Parlemen-
tariern bestehende Ausschuss, der sich auf Wunsch Lord
Georges mit der Ausländerfrage befaßt, hat
einen Bericht abgegeben, in dem er die Internie-
rung aller männlichen feindlichen Aus-
länder über 18 Jahre empfiehlt, sowie Heim-
sendung aller Frauen feindlicher Herkunft
mit Ausnahme derjenigen, deren Ehemänner Befreiung
von der Internierung erwirkt worden ist. Der Ausschuss
empfiehlt ferner die Schließung feindlicher Ge-
schäfte innerhalb dreier Monate. Der Ausschuss
trägt an, daß eine stärkere Überwachung der Häfen durch-
geführt werde, um zu verhindern, daß Personen ohne Erlau-
nis Schiffe während ihres Aufenthaltes in England be-
treten. (M. T. P.)

Annahme der Stempelsteuern im Reichstag

(Drautmeldung unserer Berliner Schiffsleitung.)
Berlin, 10. Juli. Die zweite Lesung der Steuervor-
lagen wird bei den
Änderungen des Reichsstempelgesetzes
fortgesetzt. Es liegt ein Kompromißantrag aller Par-
teien vor, unterzeichnet von den Abgeordneten Gröber (S.),
Reil (Soz.), Dr. Müller-Reinigen (Vp.), Stresemann (Ntl.),
Barmuth (D. Frakt.) und Graf Westarp (Kons.). Danach
soll der Aktienstempel für die Dauer des gegenwärtigen
Kriegszustandes 3 v. Tausend betragen. Der Bundesrat
soll jedoch für diese Zeit den Steuerfuß bis auf 2 v. Tausend
erhöhen können. Ferner sieht dieser Antrag eine
Änderung der vom Reichstag neugekauften Bestimmung
vor, durch die eine Umkehrung des erhöhten Stempels zu-
gunsten des niedrigeren Stempels für die Kaufgeschäfte
vermieden werden soll. Nach den Beschlüssen des Ausschusses
soll der Steuerfuß für Kaufgeschäfte 1/2 bis 1/3 v.
Tausend betragen, doch soll, wenn einer der Vertrags-
schließenden ein Geschäft dieser Art im eigenen Namen, oder
für gemeinschaftliche Rechnung abgeschlossen hat, oder wenn
ein Teilnehmer an dem Geschäft nicht zu den in den er-
möglichten Vorschriften aufgeführten Personen gehört, der
Vertragschließende nach Maßgabe der Beteiligung und der
ihm ausgedehnten oder von ihm zurückbehaltenen ver-
neuertem Schlussnotendichte eine weitere Abgabe von
1/2 v. Tausend entrichten. Der Antrag der Parteien will
diesen Fuß auf 2 v. Tausend erhöhen.

Abg. Bernheim (N. Soz.) erklärt, daß seine Freunde
auch diese Besteuerung als verkehrsförderlich ablehnten. —
Abg. Reil (Soz.) meint: Wenn ein höherer Stempel die
wilde Spekulation an der Börse auch nicht einschränken
würde, sollte man wenigstens die Spekulation kräftig be-
steuern. — Abg. Pfleger (Zentr.) bedauert lebhaft, daß in-
folge der Ausschlußbeschlüsse zweiter Lesung Angehörige der
Börse es für richtig gehalten haben, ihre Tätigkeit einzu-
stellen. — Abg. Dose (Vortsch. Vp.) warnt davor, den
soliden Geschäftverkehr mit einer übermäßigen Steuer zu
belasten. Die wirtschaftliche Bedeutung der Börse werde
nach dem Kriege noch größer sein als jetzt. — Abg. Zimmer-
mann (Ntl.) wendet sich gegen die geplante Besteuerung der
Umläufe von Kriegsanleihen. — Abg. Brodhause (Kons.)
tritt für den Kompromißantrag ein. — Abg. Barmuth
(Z. Fr.) Seine Freunde stimmten nur schweren Herzens
für die niedrigen Sätze des Kompromißantrags. — Abg.
Dr. Nieber (Ntl.): Eins vom Tausend wäre genügt ge-
wesen. Eine Strafsteuer von 5 v. T. könne keine erzie-
herische Wirkung gegenüber der Spekulation haben. Wir
müßten das Schwert der Börse scharf halten.

Der Kompromißantrag zum Aktienstempel wird
darauf gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemo-
kraten angenommen. Im übrigen bleibt es bei den
Beschlüssen des Ausschusses — Es folgt

die Lantiensteuer,
die von 8 auf 10 v. T. erhöht werden soll, sobald das
Lantien-Einkommen insgesamt 5000 Mk. übersteigt. —
Abg. Reil (Soz.): Bei vielen Ausschüßstellen handelte es
sich um reine Einnahmen. Deshalb beantragten seine
Freunde eine Staffelung der Steuer bis zu 60 v. T. für
Lantien über 50000 Mk. — Reichssekretär Graf
Roederer bittet, es bei 20 v. T. zu belassen. Die vor-
geschlagenen Sätze überschreiten jedes Maß.
Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.
Es bleibt bei den 10 v. T. Ein weiterer sozialdemo-
kratischer Antrag will das

Einkommen aus fideikommissarischen Besitz
mit 10 Prozent besteuern. — Abg. Baldstein (Vortsch. Vp.)
erklärt, daß seine Freunde dem Antrag zustimmen. — Abg.
Pfleger (Zentr.) spricht sich dagegen aus, da der Antrag einen
Eintritt in die Finanzhoheit der Einzel-
staaten bedeute. Der sozialdemokratische Antrag wird in
namentlicher Abstimmung mit 154 gegen 133 Stimmen bei
2 Enthaltungen abgelehnt. — Abg. Engelmeier (Ntl.)
wünscht, daß die

Steuerermäßigung für die Sparfassen

möglichst weitestgehend gehandhabt werde. — Unterhause
für Schließung erwidert: Der Vorredner kann gewiß sein, daß
der Bundesrat die ihm übertragene Ermächtigung als eine
Verpflichtung ansieht, auf die Entwicklung des Sparfassen-
verkehrs jede nur mögliche Rücksicht zu nehmen. — Abg.
Barmuth beantragt folgende Fassung: Befreit sind öffent-
liche Sparfassen, Genossenschafts- und deren Verband-
sassen. Die Befreiung kann in einzelnen Fällen durch die
oberste Reichsanstaltsbehörde im Einvernehmen mit dem
Reichsanstalt auch auf nichtöffentliche Sparfassen aus-
gedehnt werden. Die Befreiung tritt nicht ein für denjeni-
gen Umlauf der Sparfassen, der auf Befehle entfällt, die
dem eigentlichen Sparfassenverkehr fremd sind. Die näheren
Bestimmungen hierüber trifft der Bundesrat. — Abg. von
Brodhause (Kons.) spricht im Namen seiner Freunde für
möglichst weitgehende Befreiung der Sparfassen und der
Genossenschaftsassen. — Reichssekretär Graf Roederer
erklärt: Auch die Regierung ist den Sparfassen und den Ge-
nossenschaftsassen durchaus wohlwollend gesinnt. Aber wenn
der Umlauf von Wertpapieren an der Börse so hoch be-
wertet werde, wie es beschlossen wurde, dann könne man die
Sparfassen und die Genossenschaftsassen nicht ganz frei lassen.
Der erste Absatz des Antrags Barmuth wird mit 120
gegen 117 Stimmen angenommen. Die Mehrheit be-
steht aus den beiden konservativen und den beiden sozial-
demokratischen Fraktionen. Der zweite Satz wird mit
150 gegen 128 Stimmen angenommen. Zur Minderheit ge-
hören diesmal die konservativen und die beiden sozialdemo-
kratischen Fraktionen. Der Rest des Stempel-
gesetzes wird unverändert angenommen.

Es folgt das Reichsstempelgesetz. Dieses wird
ohne Ausprache angenommen.

Darauf tritt das Haus in die Beratung der
Kriegssteuern der Gesellschaften

für das 4. Kriegsgeldjahr ein. Die Kommission des
Hörsaalbesitzers der Einzelpersonen hinsichtlich einer außer-
ordentlichen Kriegsgeldabgabe vom Jahreseinkommen und vom
Vermögen eingefügt und den Namen des Gesetzes in
außerordentliche Kriegsgeldabgabe für das Re-
chnungsjahr 1918 umändert. Die Abgabe vom Re-
einkommen beträgt für die ersten 10000 Mk. 5 Proz., für die
nächsten angelegenen oder sollen 10000 Mk. 10 Proz., für
30000 Mk. 20 Proz., 50000 Mk. 30 Proz., 100000 Mk.
40 Proz. und darüber 50 Proz. — Abg. Bernheim (Ntl.)
Soz.) beantragt Erhöhung dieser Staffelsätze.
Der Antrag wird abgelehnt, ebenso ein Antrag der Un-
abhängigen Sozialdemokraten auf Erhöhung der Staffelsätze
bei der Kriegsgeldabgabe vom Vermögen. Das
Gesetz wird nach den Beschlüssen des Ausschusses an-
genommen.

Darauf wird die Weiterberatung der Steuervorlagen
auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. — Schluß 1/8 Uhr.

Die Unterabteilungen im preussischen Herrenhaus.

Berlin, 10. Juli. (Eig. Drahtmeld.) Das Herren-
haus genehmigte die von der Regierung beantragte Ver-
setzung des Landtags vom 12. Juli bis
20. September. In der fortgesetzten Beratung des
Staatshaushaltsplans ging Staatsminister a. D. Freiherr
v. Rheinbaben auf unsere Industrie- und Kriegesverhältnisse
ein und betonte, daß wir die Kohlenbren-
nung von Longow und Brienau dauernd in der Hand
behalten müßten, wenn unsere Eisen- und Stahl-
versorgung für die Zukunft gesichert werden sollte.

Beim Etat des Innern kam Graf Posadowski
auf die preussische Wahlrechtsvorlage zu sprechen
und sagte, daß eine so hochwichtige politische Frage nicht
lang und langlos an eine Kommission gelangen dürfe.
Eine Ausprache sei unbedingt notwendig, denn die Kom-
mission müßte wissen, wie die verschiedenen Stimmungen
im Hause seien.

Graf Behr-Behrenhof erklärte als Vorsitzender
der konservativen Fraktion, daß sie sich durch die Aus-
führungen des Grafen Posadowski nicht verleiten lassen
würde, in eine Ausprache über das Wahlrecht leicht einzu-
treten. Eine gleiche Erklärung gab Herzog zu Trautenberg
namens der neuen Fraktion ab. Der Vizepräsident des
Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärte, daß sich auch
die Staatsregierung an das Abkommen der Fraktionen für
gebunden halte.

Die politischen Ziele des neuen Sultans.

In dem Schreiben, in dem der Sultan das
Kabinet Talat beauftragt, betont er seine Ab-
sicht, treu an der Verfassung festzuhalten, sowie die Not-
wendigkeit, zur glücklichen Beendigung des Krieges alle
Kräfte zusammenzufassen und die Ordnung im Lande auf-
rechtzuerhalten. Die Feindung müsse energisch be-
kämpft werden. Politische Verbrecher, die Neue zeigten,
und leichte Verbrecher, die drei Viertel ihrer Strafe verbüßt
hätten, sollten begnadigt werden. Der Belagerungs-
zustand soll nur in den Militärgenieten bestehen bleiben.
Die Strafsprossen sollen an die gewöhnlichen Gerichte
verwiesen werden. Die Verbesserung der wirtschaftlichen
Lage soll durch Steigerung der Produktion herbeigeführt
werden. Ueber die äußere Politik besagt das
Schreiben, daß es dem wohlverstandenen Interesse des
Landes entspreche, in voller Uebereinstimmung zu den
Mittelmächten und Bulgarien zu bleiben. Es sei dabei das
Ziel des Sultans, die Bündnisbände zwischen der
Türkei und diesen Staaten noch mehr zu festigen. Zum
Schlusse wird die Hoffnung auf eine baldige feierliche Be-
endigung des Krieges ausgesprochen und werden Meer und
Flotte zu weiterem tapferen Kampfe aufgefordert. (M. T. P.)

Während des Druckes nachts eingegangene Neueste Drahtmeldungen:

**Der Vorstoß deutscher Seelieger an die Themse-
mündung.**
London, 10. Juli. Ein Admiralitätsbericht be-
sagt, daß ein deutsches Unterseeboot während einer
Erkundungsfahrt an der Ostküste Englands am 8. Juli nach-
mittags von 3 feindlichen Wasserflugzeugen mit Bomben
und Maschinengewehren angegriffen wurde. Ein Offizier
und 5 Mann wurden getötet. Das Unterseeboot wurde
nur leicht beschädigt von einem anderen Unterseeboot
in den Hafen geschleppt. (M. T. P.)

Verhängnisvoller Jagdzusammenstoß.
Raschkoff, 10. Juli. Bei einem Zusammenstoß
zwischen zwei Personen wurden 100
Personen getötet. Das Krankenhaus ist überfüllt.
Mehr als 80 Personen wurden verwundet. In einem
Waggon wurden alle Reisenden getötet. Die Maschinen
und Heizer beider Züge sind tot. Die Ursache des Zu-
sammenstoßes ist unbekannt. (M. T. P.)

Verbandsplionage in Spanien.
(Drautmeldung unseres Kölner Mitarbeiters.)
Madrid, 10. Juli. Die neutralistischen Blätter „Nacion“
und die „Tribuna“ bringen aufseherregende Enthüllungen
über die Verbandsplionage in Spanien. In der
„Nacion“ vom 20. Juni sind Schriftstücke veröffentlicht,
wonach die französische Polizei durch das französische Kon-
sulat in Barcelona in Verbindung mit dem Chef
des französischen Spionagedienstes spani-
sche Funktionäre auf spanischen Dampfern be-
trüben haben. Die Leute bekommen monatlich 500 Peleten
und haben dafür in einer ihnen übergebenen Geheimsprache
an eine Dekadette in Barcelona die Anwesenheit
deutscher Unterseeboote mit genauer Ortsangabe
zu melden, ferner die Anwesenheit deutscher Propaganda-
spanischer Dampfern und sonst noch alles, was für Ver-
bandskriegsschiffe irgend von Wert sein könnte.

Seite 2
Nr. 100
Sonderausg. 11. Juli 1918